

NEWS AUS EUROPA

Aktuelle Informationen von Dr. Thomas Ulmer MdEP

Der gläserne Mitarbeiter: Umstrittene medizinische Untersuchungen bei Mitarbeitern der Europaabgeordneten



Zu Beginn der neuen Legislaturperiode im Sommer dieses Jahres ist das sogenannte Assistenten-Statut in Kraft getreten. Danach haben die rund 1.500 Mitarbeiter der Europaabgeordneten einheitliche Arbeitsverträge und sind über

die Europäische Gemeinschaft versichert. Nach der Vertragsunterzeichnung lässt die Verwaltung detaillierte Dossiers über den Gesundheitszustand der parlamentarischen Assistenten erstellen. Diese müssen sich zwei ausführlichen medizinischen Untersuchungen unterziehen.

Hierbei werden neben anderem Blut- und Urinproben entnommen, außerdem wird eine Röntgenuntersuchung sowie ein EKG durchgeführt. Vor der Untersuchung müssen die Mitarbeiter

einen seitenlangen Fragebogen ausfüllen und unter anderem mitteilen, ob sie Hämorrhoiden oder Hautprobleme haben. Auch die Entwicklung des Körpergewichts in den vergangenen drei Jahren sowie der Alkohol- und Tabakkonsum muss angegeben werden. Zusätzlich will der ärztliche Dienst wissen, ob Verwandte der Parlamentsmitarbeiter unter hohem Blutdruck, an Krebs oder an einer psychischen Krankheit leiden.

„Ich bezweifle den Sinn und die Verhältnismäßigkeit dieser Untersuchungen. Meine Mitarbeiter mussten im Vorfeld des Check-ups teils skurrile, persön-

liche Fragen beantworten, die niemanden etwas angehen und die für ihre Arbeit in meinem Abgeordnetenbüro keinerlei Bedeutung haben“, kritisierte Dr. Thomas Ulmer MdEP, der selbst Arzt ist.

„Ich werde mich der Sache annehmen und vehement für den strengen Schutz dieser sensiblen Daten einsetzen. Außerdem muss es jederzeit möglich sein, die Daten zu löschen, falls dies vom Mitarbeiter gewünscht wird“, forderte der Europaparlamentarier.

Weltklimakonferenz in Kopenhagen verfehlt angestrebte Ziele



Vom 7. bis zu 18. Dezember 2009 fand in Kopenhagen die Weltklimakonferenz statt. Auf ihr sollte eine Vereinbarung über ein neues, umfassendes Klimaschutzabkommen für die Zeit nach 2012 getroffen werden. Ein neuer Klimavertrag ist notwendig, da das Kyoto-Protokoll, dessen erste Verpflichtungsperiode 2012 endet, nur die Emissionen der Industriestaaten, die das Kyoto-Protokoll ratifiziert haben, begrenzt. Die USA haben das Kyoto-Protokoll allerdings nicht ratifiziert, zudem enthält es für Entwicklungsländer, besonders solche, deren Emissionen schnell wachsen, keine Emissionsbegrenzungen. Inzwischen hat China die USA

als weltweit größter Emittent von Treibhausgasen abgelöst. Die im Kyoto-Protokoll vereinbarte Emissionsminderung von 5 % bis 2012 gegenüber 1990 reicht angesichts der neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse daher in keiner Weise mehr aus. In dem neuen Abkommen sollte dies berücksichtigt werden und alle Staaten zum Klimaschutz beitragen.

Große Ziele wurde also angestrebt, heraus kam eine enttäuschende Minimallösung, eine nichtbindende Vereinbarung auf kleinstem gemeinsamen Nenner. Da nutzt es auch wenig, wenn die Vereinbarung zwar mit den Worten „Wir betonen, dass der Klimawandel eine der größten Herausforderungen unserer Zeit ist.“ eingeleitet wird, aber dieser Erkenntnis keine entsprechenden Taten folgen. Das Ziel einer Begrenzung des globalen Temperaturanstiegs auf zwei Grad weltweit wird zwar benannt, aber nicht verbindlich festgelegt. Fehlzanzeige auch hinsichtlich der Senkung der

Emissionen um 50 Prozent bis zum Jahre 2050. EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso äußerte sich enttäuscht, das Abkommen bleibe weit hinter den Erwartungen der EU zurück. Dem ist nichts hinzuzufügen.

Der Kompromiss muss vom Plenum der 193 Staaten noch verabschiedet werden, ansonsten ist der Klimagipfel gescheitert.

*Frohe Weihnachten und
einen guten Start in das
neue Jahr 2010
wünscht Ihnen
Ihr Dr. Thomas Ulmer MdEP*



NEWS AUS EUROPA

Aktuelle Informationen von Dr. Thomas Ulmer MdEP

Europäische Union stellt Gelder für ehemalige Karmann-Mitarbeiter zur Verfügung

Die EU-Kommission hat einen Antrag der Bundesrepublik Deutschland auf Unterstützung durch den Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (EGF) stattgegeben. Frühere Beschäftigte des insolventen Autoherstellers Karmann bekommen dadurch 6,2 Millionen Euro aus dem EU-Globalisierungsfonds (EGF). Mit dem Geld wird 1.793 Ex-Mitarbeitern in Deutschland geholfen, wieder eine Beschäftigung zu finden. „Ich freue mich sehr, dass die ehemaligen Karmann-Mitarbeiter finanzielle Unterstützung durch die EU erhalten“, sagte Dr. Thomas Ulmer MdEP. „Das Geld ist hier wirklich sinnvoll eingesetzt und ich hoffe, dass die Betroffenen schnell eine neue Arbeitsstelle finden.“

EU und Lateinamerika erzielen Bananen-Abkommen

Der längste Streit in der Geschichte des internationalen Handels ist beigelegt. Europäer und Amerikaner zankten sich unglaubliche 15 Jahre lang erbittert über Bananeneinfuhr in die EU. In Genf, dem Sitz der Welthandelsorganisation (WTO), haben Vertreter der Europäischen Union, mehrerer lateinamerikanischer und afrikanischer Staaten sowie der USA jetzt eine Einigung erzielt. Demnach sollen in den kommenden sieben Jahren die Einfuhrzölle für die amerikanischen Bananen von 176 Euro pro Tonne auf 114 Euro gesenkt werden. Der EU-Minister und das Europaparlament müssen dem noch zustimmen.

„Das bedeutet vor allem für die Lateinamerikaner einen großen Vorteil, da mit diesem Abkommen der EU-Binnenmarkt offener wird“, erklärt Dr. Thomas Ulmer. „Aber auch deutsche Verbraucher profitieren von dem Kompromiss. In Europa werden die Bananen aus den USA billiger oder zumindest billig bleiben.“ Damit die Marktchancen der kleineren, nicht so haltbaren Bananen aus Afrika sich nicht weiter verschlechtern, wird die EU-Kommission den Mitgliedstaaten vorschlagen, die AKP-Staaten (Gruppe der afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten) mit 200 Millionen Euro aus dem EU-Haushalt zu unterstützen.

Bereits im Jahr 2006 war diesen Ländern von der EU ein zollfreies Bananen-Einfuhrkontingent zugestanden worden. Sie sollen jetzt im Rahmen der schon bestehenden Abkommen, die ihnen eine Vorzugsbehandlung sichern, weiter zollfreien Zugang zum EU-Binnenmarkt haben. „Ich freue mich, dass wir endlich eine Lösung gefunden haben, die für alle Beteiligten zufriedenstellend ist. Die EU muss auch die kleinen Bananenproduzenten in den früheren europäischen Kolonien Afrikas, der Karibik und des Pazifikraums schützen. Ansonsten werden sie von der US-Konkurrenz zum europäischen Markt gefegt“, sagte Ulmer abschließend.

Impressum

Dieser Newsletter ist ein Rundbrief von Dr. Thomas Ulmer MdEP (CDU).

Alle Beiträge und Fotos sind urheberrechtlich geschützt.

Herausgeber: Dr. Thomas Ulmer MdEP (verantwortl.), Tarunstr. 21,

74821 Mosbach, Telefon 06261.893991, Telefax 06261.893069

Redaktion und Gestaltung: Matthias Busse, Mobil 0171.6809454

Powered by: www.buss-huang.com

Bildnachweis: Fotolia.de: Big Brother © mipan; Bananas © Joss; Snowman with

sing © Ioannis kaounades; View of the train © European Communities, 2009 |

Brüssel | 01-06272-00-01 | 05/12/2009; 16-12-09 CP Sakharov-1.jpg: © Photo PE

Texte: Dr. Thomas Ulmer MdEP

E-Mail: info@thomasulmer.eu

Internet: www.thomasulmer.eu

Neue Gesetze zum Anlegerschutz geplant

Die Europäische Kommission will ein neues Gesetz zum Anleger-schutz auf den Weg bringen. Zum Schutz der Anleger sollen in den nächsten Monaten neue Initiativen auf dem Gebiet der Finanzdienstleistungen in nationales Recht umgesetzt werden. Deutsche Anlageberater sind somit auch von den Plänen betroffen. Die Initiativen beziehen sich einerseits auf den Vertrieb sogenannter Kleinanlegerprodukte wie Investmentfonds, fondsgebundene Versicherungen oder Zertifikate, andererseits auf das europäische Investmentrecht. Der nordbadische Europaabgeordnete Dr. Thomas Ulmer begrüßt es, dass die Kommission in diesem Bereich endlich tätig wird: „Viele Bürger verstehen die Informationen über Kleinanlegerprodukte nicht, da diese zu kompliziert sind. Es mangelt oft an dem entsprechenden Finanzfachwissen, sodass Anleger bei Entscheidungen überfordert sind. Daher müssen die Informationen klar verständlich und eindeutig formuliert sein.“ Finanzprodukte sollen für den Laien außerdem leichter vergleichbar werden. Aus diesem Grund plant die Europäische Kommission, die Anlegerinformationen zu standardisieren. Relevante Daten wie beispielsweise die Ertragskraft und die Risiken sowie die Funktionsweise und die Gebühren einzelner Produkte müssen ausführlich beschrieben werden. Mehr Transparenz und Informationsaustausch sollen auch über das europäische Investmentrecht geschaffen werden. Die EU-Staaten müssen bis Mitte 2011 die neue EU-Richtlinie zu Investmentfonds in nationales Recht umsetzen. „Dadurch werden grenzüberschreitende Fondsfusionen ermöglicht und die aufsichtsrechtliche Zusammenarbeit in Europa gestärkt“, erklärt Ulmer.

Europaparlament verleiht Sacharow-Preis für Menschenrechte



Diese Woche zeichnete der Präsident des Europäischen Parlaments, Jerzy Buzek, die russische Bürgerrechtsorganisation „Memorial“ sowie deren Mitarbeiter Oleg Orlov, Sergej Kowaljow und Ludmila Alexejewa stellvertretend für alle russischen Menschenrechtler mit dem Sacharow-Preis für geistige Freiheit aus. Mit der Ehrung würdigt das Europäische Parlament seit 1988 jährlich den Einsatz für Menschenrechte und Meinungsfreiheit. „Der staatliche Druck auf Menschenrechtsgruppen hat in Russland in den vergangenen Jahren zugenommen. Im Juli dieses Jahres wurde die Leiterin der tschetschenischen Abteilung von „Memorial“, Natalja Estemirowa, verschleppt und ermordet“, erklärte der Europaabgeordnete Dr. Thomas Ulmer. „Mit der Verleihung des Sacharow-Preises setzt das Europäische Parlament ein Zeichen für den Kampf gegen Intoleranz, Fanatismus und Unterdrückung und macht seine scharfe Kritik an politischen Missständen in der Öffentlichkeit sichtbar.“ Der mit 50.000 Euro dotierte Preis geht auf den Friedensnobelpreisträger aus dem Jahr 1975, Andrej Dmitrijewitsch Sacharow (1921-1989), zurück. Sacharow hatte den Anstoß zur Gründung der Bürgerrechtsorganisation „Memorial“ gegeben.